



NACHLESE

Alle Jahre wieder – Keine Perspektive für die Polizei!

Muss man sich für ungewollte Geschenke bedanken?

Von Josef Schneider, GdP-Landesvorsitzender

Liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Leserinnen und Leser,

Nachdem sich in diesem Jahr die in den vorangegangenen Jahren immer wieder beschworene kritische Haushaltssituation des Landes doch deutlich verbessert hat, kam im Frühjahr zunächst die Hoffnung aus, dass von den deutlich gestiegenen Einnahmen auch ein kleiner Teil für die Lösung der dringendsten Probleme der Polizei Verwendung finden könnte. Diese Hoffnung mussten wir im Verlauf des Jahres leider begraben. Hartnäckig verteidigt inzwischen auch der Innenminister den Stellenabbau bei der Polizei, obwohl er alle Fakten kennt, die eine andere Entscheidung erwarten ließen.



Josef Schneider

Angesichts des belegbaren, gewaltigen Bevölkerungswachses, der zunehmenden Aggressions- und Gewaltbereitschaft gegen Polizeibeamtinnen und -beamte, der konkreten

terroristischen Bedrohung und vieler anderer veränderter Rahmenbedingungen ist die inzwischen von Herrn Rech gebetsmühlenartig vorgetragene Begründung, dass sich auch die Polizei dem erklärten Ziel der

Landesregierung der Haushaltskonsolidierung mit dem Stellenabbau unterordnen müsse. Das ist, wie von mir auch öffentlich inzwischen gesagt wurde, „russisches Roulette mit fünf scharfen Patronen“. Eine offene und ehr-

liche und von Sachkunde geprägte Diskussion unserer Anliegen findet bisher leider nicht statt. Statt immer wieder auf die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung (die wir bejahen) hinzuweisen, sollte man ehrlich und offen sagen, dass der Landesregierung die innere Sicherheit doch nicht so wichtig ist und man damit rechne, dass die Polizei weiterhin „auch so“ zurechtkäme. Dafür wolle man das Geld lieber für „schönere Sachen“ ausgeben, wie Kulturmeile, Stuttgart 21 oder für „moderne“ Experimente wie NSI. Notfalls auch für die Sanierung der angeschlagenen Finanzen im Hause des Markgrafen von Baden. Aber dafür hat unser Innenminister am 25.10.2007 ja bereits in einem Interview bei SWR 1 – Baden-Württemberg in harschem Ton unsere Solidarität eingefordert.

Diese Solidarität gibt es bei uns nicht, Herr Innenminister!

Natürlich ist es wichtig, die Kulturgüter des Landes zu erhalten, natürlich ist es wichtig, die Infrastruktur des Landes zu verbessern, natürlich ist es wichtig, die Bildungschancen in unserem Land zu verbessern. Die Grundvoraussetzung dafür ist aber eine stabile Garantie der inneren Sicherheit.





Liebe Kolleginnen und Kollegen,

schon wieder steht Weihnachten vor der Tür. Die Adventszeit ist meistens überlagert von geschäftigem Treiben, vom Hasten und Eilen nach den letzten Geschenken. Alles muss noch gerichtet werden, kurz und gut, der Weihnachtsrummel holt uns ein.

Haben wir noch Zeit beziehungsweise wird es uns in diesem Jahr einmal gelingen, unsere Aufmerksamkeit auch in unser Innerstes zu lenken? Welche Sehnsüchte haben wir denn, was verbinden wir mit der Adventszeit, mit Weihnachten? Es werden sich fast alle an ihre Kindheit erinnern und wie sie Weihnachten als Kind erlebt haben.

Ich wünsche allen, dass Ihr Euch in dieser Zeit einmal herauslösen könnt von dem Stress des Alltags und dass Ihr mit Euren Familien, Freunden und Verwandten ein friedvolles, gesegnetes Weihnachtsfest 2007 feiern könnt.

Wosch



Aktionen

Alle Argumente, die von der Kooperation der Polizeigewerkschaften in Baden-Württemberg inzwischen auch in der ersten öf-

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

fentlichen Aktion am 25. 10. 2007 und vor der Landespressekonferenz am 11. 9. 2007 in die Öffentlichkeit getragen wurden, sind inzwischen bekannt. Sie müssen deshalb an dieser Stelle auch nicht mehr wiederholt werden. Ich habe sie auch in den letzten Ausgaben der „Deutschen Polizei“ immer wieder

REDAKTIONSSCHLUSS

Bitte beachten:

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Baden-Württemberg im „Januar 2008“ ist Montag, der 3. Dezember 2007, und für die „Februar-Ausgabe 2008“, Montag, der 7. Januar 2008.

dargestellt. An dieser Stelle möchte ich bei allen Kolleginnen und Kollegen um Verständnis dafür werben, dass wir unsere Aktionen fortsetzen müssen. Wenn es uns gelingt, mit einem langen Atem die Bürgerinnen und Bürger im Land in vielen dezentralen Aktionen auf unsere Probleme, die gleichzeitig die Probleme der Bürgerinnen und Bürger sind oder noch werden, hinzuweisen, wird sich auch unsere Landesregierung längerfristig der Lösung nicht verweigern können.

Geschenk, das nicht auf dem Wunschzettel stand!

Artige Kinder bekommen zu Weihnachten Geschenke. Manche schon vorher. Statt sich mit

den echten Problemen der Polizei des Landes zu befassen und zeitgerechte Lösungen vorzuschlagen, hat sich unser Ministerpräsident im zu Ende gehenden Jahr ein ganz besonderes Geschenk für die Polizei ausgedacht. Wir bekommen eine neue Dienstkleidung, obwohl wir die gar nicht wollten und auch keinen entsprechenden Wunsch auf unseren Wunschzettel geschrieben hatten. Da wir dieses Geschenk letztlich auch zum größten Teil durch die „Plünderung“ unserer Kleiderkonten selbst bezahlen müssen, wollen wir uns dafür auch **nicht** bedanken!

Dank

Auch in diesem Jahr möchte ich mich bei vielen Kolleginnen

und Kollegen im Land für ihr engagiertes Eintreten für unsere gemeinsamen Ziele bedanken. Dieser Dank gilt auch allen Ratsgebern, die unsere Anliegen unterstützt haben. Zu unseren Unterstützern gehören leider nur ganz wenige PolitikerInnen im Land. Auch bei ihnen will ich mich dafür bedanken.

Ich wünsche allen Kolleginnen und Kollegen und allen Leserinnen und Lesern dieser Zeilen ein frohes und friedliches Weihnachtsfest und ein erfolgreiches Jahr 2008. Unser engagierter Kampf für die nicht mehr aufschiebbaren Entscheidungen für die Polizei des Landes wird weitergehen – und wir werden uns durchsetzen.

*Euer
Josef Schneider
Landesvorsitzender*

EINGRUPPIERUNG

Tarifkommissionssitzung



Teilnehmer der Kommissionssitzung

Am 18. 10. haben sich die Mitglieder der Tarifkommission zu einer Arbeitstagung getroffen.

Thematisiert und diskutiert wurde u. a. über die Leistungsbezahlung, die ab 2007 eingeführt werden sollte. (Die ersten Gespräche zur landesbezirklichen Regelung wurden bereits aufgenommen.) Weitere Themen waren: Änderungen im TV-L, Eingruppierung bzw. Entgeltordnung sowie über das Nicht-vollzugskonzept und die Effizienzrendite.

PENSIONÄRE

Stammtisch der GdP-Pensionäre der PD Freiburg



Teilnehmer des Seniorenstammtisches

Beim Stammtisch am 20. 10. 2007 hatten wir von der SIGNAL IDUNA den Kollegen Edwin Beham, Hauptagentur, als Referenten zu Gast.

Er verstand es großartig, die Kollegen auf die Notwendigkeit von besonders

wichtigen Versicherungssparten im Alter hinzuweisen, was bei vielen Kollegen in den zurückliegenden Jahren kein Thema war und sich auch durch die vielen Nachfragen bestätigte. Eine Empfehlung für alle Seniorenstammtische der GdP.

Erwin Müller



Ausgabe:
Landesbezirk Baden-Württemberg

GdP-Geschäftsstelle:
Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse:
info@gdp-bw.de
Internet: <http://www.gdp-bw.de>

Sozialwerk der Polizei:
Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 22
E-Mail-Adresse:
Info@psw-reisen.com
Internet: <http://www.psw-reisen.com>

Redaktion:
Wolfgang Schmidt (Vi.S.d.R.)
Weißensteiner Straße 79
73525 Schwäbisch Gmünd
privat: (0 71 71) 6 13 85
Telefax: (0 71 71) 6 95 26
Handy-Nr.: 01 71/2 26 61 63
E-Mail: wschmi@t-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Anzeigenleiter: Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 30
vom 1. Juni 2007

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381

KUNDGEBUNG

Ausgedünnt, überlastet, zu alt, Notruf der baden-württembergischen Polizeibeschäftigten

Kundgebung auf dem Schlossplatz in Stuttgart

„Stoppt den Stellenabbau bei der baden-württembergischen Polizei“, war das Leitmotiv, das die Polizeibeschäftigten am 25. Oktober 2007 zur Kundgebung auf dem Schlossplatz in Stuttgart aus dem ganzen Land zusammenkommen lies.

Die Kooperation der Polizeigewerkschaften in Baden-Württemberg hatte zu dieser Protestaktion aufgerufen. Weit mehr als 1000 Kolleginnen und Kollegen sind dem Aufruf gefolgt und forderten angesichts wachsender Aufgaben und dem extrem schlechten Altersaufbau mehr Neueinstellungen und einen Verzicht auf schon beschlossene Stellenstreichungen.

Begleitet von einer afrikanischen Trommlergruppe haben sich um 13.00 Uhr weit über 1000 Polizeibeschäftigte, die meisten in ihrer Dienstkleidung, auf dem Stuttgarter Schlossplatz vor der Rednerbühne formiert und hörten den Statements der Landesvorsitzenden der drei Polizeigewerkschaften, Josef Schneider, GdP, Joachim Lautensack, DPoIG, und Manfred Klumpp, BDK, zu. Über den Köpfen der Kundge-

bungsteilnehmer schwebten 613 gelbe Luftballons mit angebundenen kleinen „Pappolizisten“. Nach der Kundgebung erfolgte der Massenstart der Luftballons. Mit dieser Aktion ist die Bevölkerung eindrucklich darauf hingewiesen worden, dass in den nächsten drei Jahren, nach dem Willen der Landesregierung, 613 Stellen gestrichen werden sollen. Die Begründung dazu ist, dass diese 613 Stellen durch die Ver-

längerung der Wochenarbeitszeit von 40 auf 41 Wochenstunden, so die mathematische Berechnung des Innenministeriums, eingespart wurden.



Der GdP-Landesvorsitzende Josef Schneider am Mikrophon, daneben der Landesvorsitzende der DPoIG, Joachim Lautensack

Belastungsgrenze ist überschritten

Die Polizei in Baden-Württemberg hat ihre Belastungsgrenze längst überschritten. Mit dem von der Landesregierung bis 2012 beschlossenen Stellenabbau von rund 850 Stellen beim Polizeivollzugsdienst und rund 1100 Stellen in der Verwaltung und im Tarifbereich steht die Polizei angesichts einer ernstzunehmenden terroristischen Bedrohungslage, des enormen Bevölkerungs- und Aufgabenzuwachses, der vielfältigen Sonderbelastungen und der massiven Altersstrukturprobleme unmittelbar vor dem Kollaps, so die Landesvorsitzenden der drei Polizeigewerkschaften bei der Landespresskonferenz am 11. September 2007 in Stuttgart.

Zahlen und Fakten

- Bei dieser Pressekonferenz wurden den anwesenden Medienvertretern folgende Zahlen und Fakten übermittelt:
- Verstärkung der Polizei letztmals in den Jahren 1992 bis 1996,
 - Bevölkerung in BW ist in den vergangenen zehn Jahren um 364 248 Einwohner gewachsen,
 - Polizeidichte in BW 1:436, bundesweit bedeutet dies der drittletzte Platz.
 - Kriminalitäts- und Verkehrsunfallentwicklung – soweit möglich – im Zehn-Jahres-Vergleichszeitraum:
 - PKS, die Fallzahlen sind von 598 647 auf 609 837, also um 1,86% gestiegen,
 - Computerkriminalität + 45%,
 - Gewaltdelikte + 22%,
 - Rauschgiftkriminalität + 17,36%,
 - Politisch motivierte Kriminalität + 76,4%,
 - Jugendkriminalität + 11%,
 - Wirtschaftskriminalität + 30,4%,
 - Internetkriminalität stieg al-

Fortsetzung auf Seite 4



Es „grünt“ auf dem Schlossplatz

Fortsetzung von Seite 3

leine von 2005 auf 2006 um über 9% auf deutlich über 15 000 Fälle

- Verkehrsunfallstatistik im Zehn-Jahres-Zeitraum um über 20%.

Trotz wachsender Bevölkerung, kritischer Sicherheitslage, deutlichem Aufgabenzuwachs, verstärkter kriminalpräventiver Ausrichtung, höherer Qualitätsansprüche, geringer Personalausstattung im Bund-Länder-Vergleich, u. v. a. m. muss die Polizei um den Erhalt der notwendigen Personalausstattung bei der Politik seit Jahren vergebens betteln.

Die Polizei pfeift aus dem letzten Loch!

Der Landesvorsitzende der GdP, Josef Schneider, fand deshalb auch die richtigen Worte bei seiner Rede zu den Kundgebungsteilnehmern. Nachfolgend ein paar Auszüge aus seiner Rede:

„Die Polizei pfeift aus dem letzten Loch! Da geht es nicht nur um die Bedrohung durch Terroristen, da geht es auch um unser Alltagsgeschäft!

Wir kommen nicht mehr aus den Stiefeln, aber Herr MP Oettinger meint, der Stellenabbau habe nichts mit der Sicherheitslage in Baden-Württemberg zu tun.

Herr Oettinger irrt, ja er irrt sich gewaltig.

Und ich sage es noch deutlicher: Er weiß auch um seinen Irrtum!!!

Gerade in dieser Woche sind die ersten „Geheimpläne“ zur Verteilung des Stellenabbaus bekanntgeworden. Gerade auch die Polizei in der Stadt Stuttgart wird vom Stellenabbau heftig getroffen. Von Revierschließungen und Zusammenlegungen von Revieren ist die Rede. Diese Diskussion wird auch in anderen Kommunen und Kreisen im Land nicht mehr zu vermeiden sein.

Deshalb sage ich hier und heute: **Die polizeiliche Alltagsarbeit im Streifen- und Ermitt-**

lungsdienst wird durch den Stellenabbau beeinträchtigt. Die operativen Basisorganisationseinheiten, die für die unmittelbare Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger da sein sollen, können heute schon ihre Mindestdienststärken nicht mehr aufrechterhalten. Herr Ministerpräsident: Stoppen Sie den Stellenabbau bei der Polizei sofort – nicht morgen, nicht übermorgen oder im nächsten Jahr!

Der Innenminister sagte im Landtag: Die Terrorgefahr bei uns ist nicht mehr abstrakt, sie ist konkret. **Dafür bauen wir jetzt die Stellen einer ganzen Polizeidirektion ab – aber das hat ja nichts mit der Sicherheitslage im Südwesten zu tun. Hat es doch, Herr Ministerpräsident!**

Herr Innenminister, vielleicht erinnern Sie sich noch, dass sie im Landtag auch gesagt haben, „es sei gefährlich, zu behaupten, es sei alles in Ordnung“. Sie haben das zwar in einem anderen Zusammenhang gesehen – aber mit verschärften Eingriffsrechten allein können wir unsere Aufgaben nicht erfüllen.

Herr Innenminister, nehmen Sie zur Kenntnis: Dazu brauchen wir vor allem und auf Dauer ausreichend Personal!

Und die Überalterung der Polizei hat man ernsthaft immer noch nicht zur Kenntnis genommen, obwohl wir seit mehr als zehn Jahren auf dieses Problem hinweisen!

Der Innenminister erzählt dazu Stories, dass er mit 52 Jahren mit einem Baseballschläger auf Einbrecherjagd war – will damit sagen, was ich kann, könnt ihr doch auch!

Das ist zwar lustig, hilft unseren Kolleginnen und Kollegen aber überhaupt nicht!

Wir haben keine Baseballschläger, Herr Innenminister! Wir müssen immer häufiger mit allen zur Verfügung stehenden Kräften ausrücken, weil die Neigung zur Gewalt gegen einschreitende Polizeibeamtinnen und -beamte täglich zunimmt!

Wir haben deshalb ernste Sorgen, dass die Erhöhung der Einstellungszahlen für die Polizei so lange auf die lange Bank



Der Polizeisprecher der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, MdL Reinhold Gall (links), unterstützt die Forderungen der Polizeigewerkschaften. Rechts neben ihm der stv. Landesvorsitzende Rüdiger Seidenspinner.



Auch die Bürgerinnen und Bürger in Stuttgart unterstützten ihre Polizei und empörten sich darüber, dass ihre Sicherheit der Sturheit der Haushalts-Politiker zum Opfer fallen könnte.



Auch die „Junge Gruppe“ der GdP Baden-Württemberg war unermüdet im Einsatz.

KUNDGEBUNG

geschoben wird, bis auf dem Markt keine ausreichende Zahl von Bewerberinnen und Bewerbern mehr zu finden ist. Erste Anzeichen für diese Entwicklung sind bereits deutlich erkennbar.

folgte der Massenstart.

Es war ein beeindruckendes Bild, 613 gelbe Luftballons, bestückt



Massenstart

Was die innere Sicherheit anbelangt, spielt unsere Landesregierung zurzeit russisches Roulette – aber mit fünf scharfen Patronen!

Ich frage deshalb die Verantwortlichen in der Politik: Wann, wenn nicht jetzt, wollen Sie handeln? Muss wirklich erst was passieren, bevor was passiert?“

Nachdem alle drei Gewerkschaftsvorsitzenden zu den Teilnehmern gesprochen hatten, er-

mit einem Pappolizisten, auf ein Mal aufsteigen zu sehen. Erst da

wurde den Passanten in der Königstraße in Stuttgart klar, die auch zuvor mit ihrer Unter-

schrift auf den ausgelegten Postkarten für die Belange ihrer Polizei eintraten, dass 613 Polizis-

tinnen und Polizisten eine große Menge darstellen.

Wosch

LESERBRIEFE

Anmerkung der Redaktion:

Zu den vielfältigen öffentlichen Aktionen der Kreisgruppen und des Landesbezirks der Gewerkschaft der Polizei in Baden-Württemberg, um unserer Forderung „Stoppt den Stellenabbau bei der Polizei“ den gehörigen Nachdruck in Richtung der Landesregierung zu verleihen, haben uns auch viele Leserbriefe von Bürgern und Kolleginnen und Kollegen erreicht.

Nachfolgend veröffentlichen wir ein paar dieser Leserbriefe. Dieses werden wir auch in den nächsten Ausgaben fortsetzen.

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe abzu- drucken bzw. sie zu kürzen. Der Inhalt der Zuschriften stellt alleine die Meinung des jeweiligen Verfassers dar.

Wosch

**Brief 1
Zuschrift von Herrn Ralf Eicher**

Hallo, wir unterstützen ihr Vorhaben, gegen die Ankündigung „Polizeistellen“ abzubauen, Stellung zu beziehen und bitten sie, der Landesregierung die Bedenken der Bürger nahezubringen.

Hier geht es nicht um die Bestandswahrung weniger ansonsten gut versorgter Staatsdiener, sondern um den Sicherungsauftrag der gewählten Regierung für ihre Bürger.

Ich fühle mich persönlich von der Ankündigung der Landesregierung betroffen, die Polizeistärke durch Stellenabbau zu verringern.

Meine Familie und ich leben in einem Wohnviertel in Mosbach/Baden, das stark von den Migrationen der 90er Jahre – Zuwanderung von Bürgerkriegsflüchtlichen und Russlanddeutschen – betroffen ist.

Wir erleben die Folgen der Entwurzelung im nächsten Umfeld, die sich leider auch in Gewalt und Verrohung äußert.

Ich persönlich bin mehr ein Freund von Betreuung und Integrationsprogrammen als von Polizeipräsenz.

Andererseits bewirkt in unserem Viertel allein die Tatsache der regelmäßigen Anwesenheit oder schnellen Anfahrt eine Beruhigung und ein Gefühl der Sicherheit.

Da wird nicht nur grimmig diskutiert und kontrolliert, da wird auch höflich gemahnt, geschertzt und überzeugt; einfach, weil sich Anwohner und Polizeibeamte irgendwoher schon kennen. Polizisten sind hier auch Sozialarbeiter, weil die Politik in Sachen Integration ihren Beitrag offensichtlich nur ungenügend leisten kann und das private Engagement der Stadthonoratioren bei weitem nicht ausreicht.

Von dörflichem Idyll kann daher sicherlich keiner mehr sprechen, aber Großstadtverhältnisse haben wir auch keine.

Ich gehe daher immer noch davon aus, dass wir in kontrollierbaren Umständen leben.

Und das, obwohl der Betreuungsgrad im Neckar-Odenwald-Kreis gerade mal bei rd. einen Polizisten auf über 700 Bürger liegt; der Landesschnitt ist mit dem Verhältnis 1:430 erheblich besser – ihnen dürften aktuellere Zahlen bekannt sein.

In diesem Sinne: Halten sie stand und klären sie die Regierung über das Bürgerinteresse auf. Es kann kein „Sparen, egal was es kostet“ geben.

Die Folgen wollen bedacht sein und eine Alternative zur Erhaltung des Sicherheitsniveaus müsste gegeben sein – wobei ich keine Alternative zur Polizei sehe.

Amerikanische Verhältnisse mit abgeschotteten Wohnvierteln und privaten Sicherheitswächtern halte ich für den falschen Weg, weil völlig unsolidarisch.

Hier würden auf längere Sicht die Grundfesten der Gesellschaft in diesem Land geschwächt: der bürgerliche Mittelstand, der aufgrund seines

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

Werteverständnisses von sich aus Stabilität für viele wünscht und auch dafür in die Pflicht genommen werden kann.

In diesem Sinn, freundliche Grüße

Ralf Eicher, Mosbach

Brief 2 Verfasser ist der Redaktion bekannt.

Guten Tag zusammen, ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen und Ihrer Aufforderung nachkommen, mich zu den Aussagen des Herrn Rech zu äußern.

Zunächst einmal eine Bemerkung zu Herrn Mappus: ein Mann, der keine Ahnung hat, davon recht viel und dies auch so weitergibt. Wer kassiert denn die Müllgebühren für das, was dieser Mann so von sich gibt?

Zu dem Interview mit Herrn Rech:

Bei ihm ist es ähnlich wie bei Herrn Mappus. Von Beamten oder insgesamt von den Bediensteten des öffentlichen Dienstes Solidarität für ein „Kulturgut“ einzufordern, dass als Eliteschule für die Reichsten Europas dient, ist schon unverschämt.

Ich habe seit vier Jahren auf meinem Gehaltszettel immer die gleiche Zahl, kein einziger Cent wurde mein Gehalt in dieser Zeit erhöht. Die nächste Erhöhung wird durch die Kürzung des verbliebenen Weihnachtsgeldes aufgeessen – wieder

nichts!!! Eine Beförderung ins Endamt, bevor ich pensioniert werde – keine Chance – Nullnummer!!

In diesem Zeitraum haben sich die Abgeordneten des Landes BW mehrfach ihre Diäten und steuerfreien Aufwandspauschalen mit der Begründung erhöht, dass die Lebenshaltungskosten gestiegen sind und einem Abgeordneten eine angemessene Bezahlung zusteht. Außerdem schürt Herr Rech das Märchen, dass die Abgeordneten kein 13. Monatsgehalt bekommen. Wieder eine Lüge: vor Jahren wurde dieses 13. in die Grundvergütung eingerechnet und ständig dynamisiert erhöht. Es k... mich an, soviel Selbstgerechtigkeit und Scheinheiligkeit tagtäglich hören zu müssen. Wenn es tatsächlich stimmt, dass ein Volk die Politiker erhält, die es verdient, dann sind wir ein lausiges Volk.

Brief 3 Verfasser der Redaktion bekannt

Liebe Kollegen und Kolleginnen,

vielen Dank für die umfassenden Aktionen zu dem Problem der Stellensituation.

Zu den Aussagen des Herrn Innenministers kann ich nur sagen, dass Herr Rech keine Ahnung hat, was sich an der Basis abspielt. Insbesondere auf Dienststellen im ländlich strukturierten Raum. Mich würde mal interessieren, ob Herr Rech mitfahren würde, wenn es in einer Diskothek zwischen zwanzig Migranten und 30 Spätaussiedlern zu einer Schlägerei kommt und er aufgrund des „ausreichenden“ Personals mit maximal zwei Streifen Recht und Gesetz Geltung verschaffen soll. Verstärkung kommt dann mit Sicherheit, nach ca. zehn Minuten, mit dem gleich „hohen“ Personalansatz.

Ich denke, das Problem ist doch ein anderes. Man sollte die Situation nüchtern betrachten und erörtern. Für die, auf die Polizei einströmende Kriminalität, ist der Personalansatz tatsächlich gerade noch ausreichend.

Doch für die so genannte „Hohlkriminalität“ fehlt auf dem Land doch einfach das Personal. Was zur Folge hat, dass sich wohl das Dunkelfeld erhöht, was sich wiederum positiv auf die PKS auswirkt und wir wieder das sicherste Bundesland sind und Herr Oettinger wieder gewählt wird, weil ja gute Sicherheitspolitik betrieben wird. Ich bin der Meinung, dass das alles Methode hat. Es ist doch gar nicht gewollt, dass die Polizei die personelle Stärke aufweist, wirklich die Situation aufzuzeigen, die in baden-württembergischen Städten herrscht. Insbesondere begleitet durch die nun auch ganz massiv auf dem Land spürbare Steigerung der Gewalt gegenüber Polizeibeamten. Das wieder aufkeimende Spektrum rechter und linker Gewalttäter, Situationen wie Heiligendamm usw.

Herr Rech hat mit Sicherheit recht, dass in den letzten Jahren im Bereich Ausrüstung sehr viel sich zum positiven gewendet hat, dennoch, auch unser Gegenüber wird immer professioneller und vor allem gewaltbereiter. Wir können mittlerweile nicht mehr agieren sondern nur noch reagieren. Denn im Polizeiberuf kann Technik zwar unterstützen, jedoch den Beamten und den Menschen nicht ersetzen.

Der Mittlere-Neckar-Raum ist meines Wissen der zweitgrößte Ballungsraum der BRD und die Polizei hat das drittschlechteste Betreuungsverhältnis der BRD. Man beachte mittlerweile die Ausdehnung des Großraums Stuttgart, der ohne größere Baulücken von Geislingen bis Heilbronn reicht. Es ist wahrscheinlich auch nicht gewollt, dass in ländlichen Regionen ein Kontrollruck aufgebaut werden könnte, bei dem so manchem Wähler aufgrund Trunkenheit der Führerscheine entzogen würde. Auf dem Land ist ja auch nachts niemand auf den Straßen.

Allerdings das Schlimmste ist, dass der Dienstherr seiner Fürsorgepflicht nicht nachkommt und dies auch noch öffentlich rechtfertigt. Mit dem Stärkeansatz auf ländlichen Dienststellen

ist mittlerweile nicht mehr zu gewährleisten, dass Kollegen schwierige Situationen gesund und unverletzt überstehen und somit gesund zu ihren Familien zurückkehren. Sicherlich kann und wird immer was passieren, aber es sollte wenigstens soviel Polizei im Dienst sein, dass noch wenigstens jemand Unterstützung rufen kann, wenn es zu einer lebensbedrohlichen Situation kommt und nicht schon mit einer Reifenpanne ein Revier quasi nicht mehr existent ist.

Ich möchte hier erneut betonen, dass Herr Rech keine Ahnung hat, was sich an der Basis abspielt. Das Streifenfendeste im Fünf-Schichten-Dienst sich selbst mit eigens entwickelten Arbeitszeitmodellen „über Wasser halten“, damit Kollegen ihren Erholungsurlaub überhaupt antreten können und was viel schlimmer ist, um eine Mindeststärke aufrechtzuerhalten. Es ist oftmals nicht möglich, die Präsenz von zwei Streifen zu gewährleisten und dies in Einsatzräumen von ca. 40 km Ausdehnung mit ca. 50 000 Bewohnern. Wenn viele Bürger wüssten, wie viel Polizei ihre Sicherheit, insbesondere zur Nachtzeit, „garantiert“, würden viele nicht mehr ruhig schlafen und vor allem nicht mehr CDU wählen.

Aber:
Wir können ja alles, auch hochdeutsch!!!!

Mit freundlichen Grüßen

Anzeigen

Tauschpartner aus Baden-Württemberg gesucht!
PK, gD, aus Nordrhein-Westfalen, z. Zt. tätig in Bonn, sucht eine(n) Tauschpartner/in aus Baden-Württemberg. Gerne ist auch ein Ringtausch möglich.
Telefon: 01 51/11 21 35 57 (privat)
o. 02 28/15 39 13 (dienstlich)
Meldet euch!

Tauschpartner aus Baden-Württemberg gesucht!
PK in z. A. aus Nordrhein-Westfalen, zzt. tätig in Düsseldorf (Autobahnpolizei), sucht
Tauschpartner/-in
aus Baden-Württemberg (gerne Raum Stuttgart).
Telefon: 01 78/8 48 89 50 (privat)
02 11/8 70 27 12 (dienstlich)

TERMINE

Die Kreisgruppe PP Stuttgart lädt ihre Mitgliederinnen und Mitglieder sehr herzlich zu ihrer Weihnachtsfeier ein:

Donnerstag, 13. 12. 2007, 15.30 Uhr, Restaurant „Blick Solitude“, Solitudestraße 121, 70499 Stuttgart-Wolfbusch.

Die Haltestelle „Wolfbusch“ der Linie 6 befindet sich direkt vor dem Eingang.

Ein ausreichend großer Parkplatz ist ebenfalls vorhanden.

W.B.

„Arbeit ist sichtbar gemachte Liebe“

Gedanken von Landespolizeidekan Werner Knubben

„Arbeit ist sichtbar gemachte Liebe“ (Khalil Gibran)

Mit dieser Erkenntnis des libanesischen Malers, Dichters und Literaten Khalil Gibran, die er 1923 in seinem so berühmt gewordenen Buch „Der Prophet“ im Abschnitt „Von der Arbeit“ als Fazit seiner über 25-jährigen Arbeit an diesem Buch und seines Lebens überhaupt gewonnen hat, wollte ich ursprünglich allen, die sich nach hoffentlich erholsamen Urlaub wieder „ins Geschirr“ spannen lassen, einen hilfreichen, tiefen spirituellen Impuls vermitteln.

Dabei bleibe ich auch, muss jedoch einmal mehr – und immer wieder mit Bestürzung und großem Erschrecken – erkennen, welch unfassbare Dimension Arbeit eben und gerade als sichtbar gemachte Liebe uns Menschen abverlangt.

Nicht nur wir von der großen Polizeifamilie sind immer noch bestürzt und tief in unserem Dienst-/Arbeitsverständnis betroffen, auch die Menschen in der Nachbarschaft, Jedermann, erkennt mehr oder weniger davon berührt, dass die drei in Kabul durch einen Sprengstoffanschlag ermordeten deutschen Polizeibeamten mitten in ihrer Arbeit für Frieden und Sicherheit ihr Leben lassen mussten.

Für was und für wen, fragen sich nicht nur die nächsten Angehörigen, denen unser uns mögliches tiefes Mitgefühl gilt.

Sofort ist in den Medien und in der Politik der Sinn des weiteren Einsatzes von unserer Polizei und unserer Bundeswehr in Frage gestellt worden. Darauf möchte und kann ich in diesem spirituellen Impuls nicht eingehen. Ich komme aber nicht um das Bibelwort herum, das im Johannes-Evangelium steht und das immer wieder in mir auftaucht, wenn ich um die tiefe und zugleich hohe Sinndeutung ringe, die sich bei der Ermordung von Polizisten und Polizistinnen unabweislich stellt:

Niemand hat größere Liebe als die, dass er sein Leben lässt für seine Freunde.“ Joh 15,13

Jesus redet hier von sich selbst. Er ist schon auf dem inneren Weg zu seiner Kreuzigung, wo er sein Leben nicht in äußerer, doch offensichtlich in innerer Freiheit lassen wird, gefor-



Polizeidekan Werner Knubben

dert und brutal genommen von der jüdischen Geistlichkeit und den römischen Soldaten.

Jesus redet aber auch von dir und mir und von unserer Liebe. Die drei ermordeten Polizisten wollten leben, ihren Dienst gut und zuverlässig leisten und gesund nach Hause zu ihren Lieben zurückkehren. Doch ich bin sicher, wer immer in solch einen gefährlichen Einsatz aufbricht, der weiß in der Tiefe seines Wesens, dass auch die größte Liebe gefordert werden kann. Das weiß auch jeder Polizist im Grunde – ich war selbst 15 Jahre lang aktiv im Polizeidienst –, auch wenn er der besorgten Großmutter schon zigmal versi-

chert hat: „Der Dachdecker lebt viel gefährlicher!“

So scheue ich mich nicht, es einmal so eindeutig zu schreiben: Es geht im Polizeidienst – und auch in anderen Berufen, und jeder Mensch kann ganz privat und ganz persönlich in eine Lage geraten, die seine größte Liebe herausfordert, ungewollt und ungeahnt, manchmal mit extrem kurzer Zeit, die noch eine eigene Entscheidung möglich macht, es geht im Äußersten um die innerste Bereitschaft, sein Leben zu lassen für die Freunde, den Kollegen, dem Bürger bei uns, dem Bürger in Kabul.

„Arbeit ist sichtbar gemachte Liebe“. Ich wollte diese Erkenntnis auf den polizeilichen Alltag mit seiner Routine und seinen allgemeinen Herausforderungen hin interpretieren und ich bin überzeugt, dass dieser Satz auch im Alltag tragen und seine Kraft entfalten kann. Umso mehr möge er uns tragen, wenn wir der drei Kollegen gedenken, im Gebet und in der dankbaren Erinnerung an gemeinsamen Dienst für Frieden und Sicherheit hier wie dort in Kabul, wo sie in größter Liebe ihr Leben lassen mussten.

Werner Knubben

TERMINE

Einladung zum Polizeiball

Polizeiball „Schwäbisch Gmünd“

Die Kreisgruppe Ostalbkreis lädt zum diesjährigen Polizeiball am Samstag, dem 8. Dezember 2007, in das **Congress-Centrum Stadtgarten in Schwäbisch Gmünd** ein. Das Motto ist dieses Jahr „Police goes to Las Vegas“. Karten gibt es beim Polizeirevier Schwäbisch Gmünd. GdP-Kolleginnen und Kollegen ha-

ben freien Eintritt. Die Kreisgruppe würde sich freuen, wenn zahlreiche Kolleginnen und Kollegen zum Polizeiball kommen würden. Die Programme sind wieder hervorragend zusammengestellt und es erwartet Euch ein wirklich erlebnisreicher Abend. Wer zusammen arbeitet, sollte auch zusammen feiern. **Wosch**